



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trozkistisch)

Brexit: Die Arbeiterklasse bezahlt für die Demagogen auf beiden Seiten

Seit bei dem Referendum in Großbritannien eine Mehrheit für den EU-Austritt gestimmt hat, drehen und wenden sich alle herrschenden Politiker. Sie suchen nach Wegen, wie es jetzt mit der EU und Großbritannien weitergehen kann. Eins ist sicher: Die Banken und Konzerne sollen keinen Schaden nehmen. Sie sollen auf jeden Fall weiter ungehindert ihre Profite machen können.

Die Arbeiter hingegen werden bezahlen, in Großbritannien und in ganz Europa. Schon nutzen die Herrschenden überall die Gelegenheit, um über mögliche wirtschaftliche Folgen des EU-Austritts zu jammern und die Arbeitenden auf weitere Entlassungen, neuen Verzicht und höhere Steuern einzustimmen.

Ganz zu schweigen davon, was es für sie für Folgen hätte, wenn Großbritannien zum Schneeball würde: Wenn weitere Länder sich spalten und weitere Grenzen in Europa die Arbeitenden zerteilen würden. Man denke nur daran, was heute die europäischen und vor allem die polnischen Arbeiter erleben, die seit Jahren in Großbritannien ihr Zuhause haben, dort arbeiten und nun nicht wissen, ob sie nicht morgen aus dem Land geschmissen werden.

Die herrschenden Politiker in Großbritannien, die heute Krokodilstränen über das Ergebnis der Abstimmung vergießen, tragen die Verantwortung für diese Entwicklung.

Denn um von ihrer eigenen Politik für die Kapitalisten abzulenken, haben sie seit Jahren selber die EU und die Migranten für alle Verschlechterungen verantwortlich gemacht. So, wie die Politiker es derzeit in vielen Ländern machen. Und sie haben dafür in Kauf genommen, dass ihre Demagogie explosive Folgen haben könnte.

Ob Konservative oder Sozialdemokraten, sie haben behauptet, sie müssten bei der britischen Bevölkerung sparen, weil die EU so teuer sei und die Migranten zu viel Sozialhilfe wollten – während sie in Wahrheit den Banken das Geld in den Rachen werfen.

Sie haben unablässig die Einwanderer aus anderen EU-Ländern und überhaupt die Migranten für die Arbeitslosigkeit und die niedrigen Löhne verantwortlich gemacht – statt gegen die wahren Verantwortlichen vorzugehen: die Konzerne, die zur Steigerung ihrer Profite immer weiter Arbeitsplätze abbauen und die Löhne drücken.

Jahrelang haben die herrschenden Politiker so die Migranten und die EU als Ausrede benutzt für ihre Angriffe, die viele Arbeiter in Armut und Verzweiflung getrieben haben. Und viele, die für den EU-Austritt gestimmt haben, haben dies nicht zuletzt aus berechtigter Wut über diese Parteien und ihre Verschlechterungs-Politik getan. Und auch aus Ablehnung dieser EU, die so offensichtlich nur die EU der Kapitalisten und Banken ist.

Doch die Arbeitenden sind damit von einer Sackgasse in die nächste, wohl noch schlimmere Sackgasse geraten. Der EU-Austritt bedeutet die Fortsetzung der arbeiterfeindlichen Politik. Schon haben die Herrschenden neue Sparpläne und Entlassungen angekündigt, nur dass sie sie jetzt mit dem EU-Austritt rechtfertigen.

Der Wahlkampf für den EU-Austritt hat obendrein das politische Gift des Nationalismus und Rassismus noch weiter verbreitet. Er hat die Spaltung zwischen den Arbeitern noch vergrößert: zwischen britischen und anderen europäischen Arbeitern, zwischen alteinge-

sessenen Migranten und denen, die erst vor kurzem gekommen sind.

Der Sieg von rechtsextremen Parteien wie UKIP (eine Partei ähnlich der AfD) hat außerdem rechtsradikale Schläger sichtlich ermutigt, die Terror und Angst in den Arbeitervierteln säen, vor polnischen Kulturzentren demonstrieren und pakistanische Arbeiter überfallen.

Und welche Folgen könnte es erst für die Bevölkerung haben, wenn Großbritannien selber an dieser Entscheidung in mehrere Staaten zerbrechen sollte?

Ja, die arbeitende Bevölkerung in Großbritannien bezahlt hart für die Krise und jetzt noch dafür, dass sie sich in eine Diskussion hat hineinziehen lassen, die nicht die ihre ist. In eine Wahl, in der keine der beiden Seiten ihr eine Perspektive zu bieten hat. Und das muss eine wichtige Lehre für uns alle sein!

Die Rettung liegt für die Arbeitenden nicht in der Frage, ob sie sich lieber im Europa der Kapitalisten ausbeuten lassen wollen oder im Großbritannien oder Deutschland der Kapitalisten. Und sie liegt erst recht nicht in einer Politik, die uns Arbeitende untereinander ausspielt.

Wenn wir wollen, dass sich für uns als Arbeitende etwas ändert, müssen wir uns gegen die wenden, die wirklich unsere Lebensbedingungen zerstören, und das sind die Kapitalisten und ihre Regierung in unserem eigenen Land.

Wir müssen ihr Recht in Frage stellen, uns zu entlassen und uns immer unsicherere Jobs aufzuzwingen, um ihre Profite zu erhöhen. Ihr Recht, unsere Löhne immer weiter zu senken. Ihr Recht, das Geld der öffentlichen Kassen zu plündern, das in den Krankenhäusern oder Schulen gebraucht wird. Und diese Interessen sind die gemeinsamen Interessen aller Arbeitenden.

Wohnungsmangel: Ein gutes Geschäft auf Kosten der Arbeiterfamilien

Es fehlen hunderttausende bezahlbare Wohnungen – vor allem solche, die in einem vernünftigen Zustand sind. Doch CDU und SPD werden an dem Wohnungsmangel nichts ändern. Die herrschenden Parteien wollen die Immobilienkonzerne nicht dabei stören, aus dem derzeitigen Wohnungsmangel Rekordprofite zu schlagen – auf dem Rücken der einfachen Bevölkerung.

Der Wohnungsmangel hat es den Immobilienhais dieses Jahr erneut ermöglicht, die Mieten nach oben zu schrauben. Manchmal machen die Vermieter einfach nur einen sinnlosen kleinen Umbau – und schon dürfen sie die „sanierten“ Wohnungen 300 Euro teurer vermieten. Sozialwohnungen gibt es kaum noch, in vielen Städten sind es nicht einmal 5% der Wohnungen.

Mittlerweile werden Arbeiterfamilien von den Mieten regelrecht erdrosselt: Zum Teil müssen sie in Städten wie Berlin, Hamburg oder Köln die Hälfte ihres Einkommens für Miete und Nebenkosten ausgeben... und dann versuchen, vom dem Rest irgendwie zu leben.

Auch die „Mietpreisbremse“, die die Regierung vor einem Jahr eingeführt hat und die angeblich die willkürliche Anhebung der Mieten verhindern sollte, hat daran nichts geändert. Denn die „Mietpreisbremse“ enthält nicht nur mehr Ausnahmen als Regeln und sieht auch keine Strafen für Vermieter vor, die sich nicht an sie halten. Solange krasser Wohnungsmangel herrscht, wird sich jeder Mieter drei Mal überlegen, ob er seinen Vermieter wegen „zu hoher Miete“ anzeigt.

Der Wohnungsmangel ermöglicht es den Immobilienhais, auch die schlechtesten Wohnungen noch zu vermieten. Noch bis vor kurzem wurden im Ruhrgebiet viele Siedlungen abgerissen oder grundsaniert, weil in den vergammelnden Hochhaussiedlungen oder 50er-Jahre-Häusern mit Nachtspeicherhei-

zung und Schimmelkeller keiner mehr wohnen wollte und es genug bessere freie Wohnungen gab. Zum Teil gaben die Wohnungsbaugesellschaften 150 Euro Miet-Rabatt, damit überhaupt jemand dort einzog.

Heute hingegen fehlen Wohnungen, und so finden die Vermieter genug Mieter, denen sie diese Wohnungen andrehen können. Ganz zu schweigen von den Kommunen, die nach Wohnungen für die Flüchtlinge suchen und den Vermietern durchaus das Doppelte der üblichen Miete bezahlen.



Und wenn die Bruchbuden zu heruntergekommen sind, können die Vermieter immer noch Arbeiterfamilien und Wanderarbeiter aus Bulgarien und Rumänien ausbeuten, die andere Wohnungen nicht bekommen und sie daher auch für teures Geld mieten.

Der Wohnungsmangel ist ein gutes Geschäft für die Immobilienkonzerne. Warum sollten sie daran etwas ändern? So bauen sie auch kaum neue Sozialwohnungen, obwohl alle Landesregierungen ihnen dafür die üppigsten Subventionen versprechen. Und die wenigen Sozialwohnungen, die sie mit den Subventionen bauen, bauen sie so billig wie möglich – mit entsprechenden Folgen für die Mieter.

Im völligen Kontrast dazu boomt der Bau von Eigentumswohnungen, Bürogebäuden und teuren Mietwohnungen für die besseren Mittelschichten. Nicht etwa, weil es für diese Wohnungen mehr Mieter geben würde – sondern weil man mit diesen Immobilien an der

Börse spekulieren und derzeit sehr viel Geld machen kann. Sogar dann, wenn die Wohnungen letztlich leer bleiben.

Ja, so ist der kapitalistische Wohnungsmarkt: Es werden Häuser für die Börse gebaut, aber nicht für die Menschen, die sie brauchen!

Trotz der Notlage vieler Familien, trotz geschätzten 380.000 Wohnungen, die jedes Jahr gebaut werden müssen, sind CDU und SPD sich einig, sich in diese Entscheidungen der Immobilienkonzerne nicht einzumischen. Sie versuchen einzig, die Immobilienfirmen mit immer höheren Geldgeschenken zu locken, wenigstens ein paar preiswerte Wohnungen zu bauen. Damit wird man an der Notlage so vieler Familien kaum etwas ändern!

Um dem drastischen Wohnungsmangel zu begegnen, müsste der Staat selber den Wohnungsbau in die Hand nehmen, müsste selber Architekten, Maurer und Elektriker einstellen.

Dann könnte er nicht nur schnell und wesentlich kostengünstiger bezahlbaren Wohnraum schaffen, sondern außerdem Wohnungen, die vernünftig gebaut sind, in gutem Zustand, mit Grün und Erholungsmöglichkeiten drum herum. Sprich so, dass man angenehm in ihnen leben kann.

Doch genau das will und kann von den herrschenden Parteien niemand. Weil niemand von ihnen den Unternehmern das heilige Recht wegnehmen will, mit allem und jedem – und eben auch mit Wohnungen – Gewinn zu machen.

Der Wohnungsmarkt ist im Kapitalismus ein Markt wie jeder andere. Ein kapitalistischer Markt, auf dem es darum geht, Gewinn zu machen und nicht darum, Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Und daher ist der Kapitalismus unfähig, selbst dieses Grundbedürfnis zu sichern und dafür zu sorgen, dass die arbeitende Klasse – die Klasse, die alle Häuser baut – unter vernünftigen Bedingungen wohnen kann.

BASF: „Vertrauensvolle Zusammenarbeit“... bei der Unterdrückung der Arbeiter

Vor vier Jahren haben die Minenarbeiter einer Platin-Mine der Firma Lonmin in Südafrika für höhere Löhne gestreikt. Bei diesem Streik wurden im Auftrag der Bosse 34 Streikende brutal von der Polizei erschossen. Weltweit hatte dieses Massaker für Empörung und Solidarität gesorgt und in dutzenden Minen Südafrikas begann daraufhin ein wochenlanges Streik.

Mittlerweile kam heraus, für wen die Lonmin-Mine seit Jahren hauptsächlich arbeitet: für den deutschen Chemiekonzern BASF. BASF, die sich hier in Deutschland als Meister der „Sozialpartnerschaft“ darstellen, mit der

Devise „vertrauensvolle Zusammenarbeit statt Klassenkampf“.

Auf ihren Platin-Zulieferer Lonmin angesprochen, erklärte der BASF-Vorstand: Er habe seinen Zulieferer geprüft und finde die Menschenrechte und Arbeitsbedingungen dort völlig in Ordnung. Lediglich, so wörtlich, der Brandschutz müsse verbessert werden!

Ja, die zynischen Bosse von BASF sind die Partner der Minen-Bosse und der Polizei: Sie halten zusammen, um Arbeiter zu Hungerlöhnen auszubeuten... und sie gewaltsam zu unterdrücken, wenn sie sich dagegen wehren.



Brexit: Ein Hauch von Panik an den Börsen

Seit der Brexit-Entscheidung sind Teile der Aktien auf Talfahrt. Die Währung (das britische Pfund) ist eingebrochen, die Aktien der britischen Banken und Baukonzerne ebenfalls.

Dabei ist real noch gar nichts passiert. Der EU-Austritt Großbritanniens kommt frühestens in ein bis zwei Jahren, und selbst dann ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Banken und Konzerne darunter leiden müssen. Doch die Spekulation ist derzeit so immens, dass eine schlechte Nachricht auf Papier ausreicht, um Panik auszulösen.

Die britische Regierung hat sofort 325 Milliarden Dollar in die Finanzmärkte gepumpt und weitere Maßnahmen beschlossen, um die Talfahrt an den Börsen einzudämmen. Sie wollen verhindern, dass die Panik in einen handfesten Börsenkrach und von dort in eine Finanz- und Wirtschaftskrise führt. Doch noch ist nicht sicher, ob ihr das gelingt. Denn mit diesen zusätzlichen hunderten Milliarden, die sie in die Finanzmärkte gepumpt hat, wird ebenfalls spekuliert. Und das könnte die Krise sogar verschärfen.

Sicher ist bislang nur eins: Diejenigen, die die wirtschaftlichen Folgen der jetzigen Erschütterungen der Börse und der verschärften Spekulation ausbadet, ist sind die Arbeitenden – in Großbritannien und auch bei uns.

Gegen die Flüchtlinge Propaganda machen – und hinterrücks Millionen an ihnen verdienen

Der Essener SPD-Abgeordnete und Kleinunternehmer Arndt Gabriel hat billig ein Grundstück im Stadtteil Holsterhausen gekauft und es dann der Stadt Essen zur Unterbringung von Flüchtlingen teuer vermietet. Seine Kumpanen bei der Stadt haben erst gar keine anderen Angebote reingeholt: Sie haben das Grundstück sofort für 10 Jahre fest gemietet – für 600.000 Euro Miete pro Jahr. Arndt Gabriel, der selber nur 1,25 Millionen Euro dafür bezahlt hat, macht dank seiner Beziehungen als Stadtrat fast 4,75 Millionen Euro Gewinn.

Arndt Gabriel gehörte zu den SPD-Politikern, die im Frühjahr eine widerwärtige Kampagne gegen die Unterbringung weiterer Flüchtlingen im Essener Norden organisiert hatten. Sie wollten Wählerstimmen gewinnen, indem sie Angst und Ablehnung gegenüber den Flüchtlingen geschürt haben, die angeblich eine Gefahr für den Essener Norden wären.

Und mitten während dieser Kampagne organisierte Arndt Gabriel heimlich, dass er an eben diesen Flüchtlingen Millionen städtischer Gelder verdienen kann!

Deutlicher hätte er kaum zeigen können, wer die wahre Gefahr für die Arbeitenden im Essener Norden ist: Nicht die Flüchtlinge, die genau wie fast alle Einwohner hier Arbeiter unterschiedlichster Herkunft sind; die ihre Nachbarn und künftigen Arbeitskollegen sind. Sondern solche Unternehmer und Politiker, die keine Skrupel haben, die Flüchtlinge für ihre Zwecke auszunutzen und dafür auch bereit sind, in den Arbeitervierteln Misstrauen und Hass gegen die Flüchtlinge zu schüren.

Umso besser, dass sie sich mit ihrer Verlogenheit manchmal selber entlarven.

Lügen haben kurze Beine

Die Partei UKIP, eine britische Partei ähnlich der AfD, hatte versprochen: Wenn Großbritannien aus der EU austritt, dann könne der britische Staat mehr Geld in die Krankenhäuser stecken, die durch all die vergangenen Sparmaßnahmen in einem katastrophalen Zustand sind. Doch schon am Tag nach dem Wahlergebnis, aus der EU auszutreten, hat UKIP dieses Versprechen zurückgenommen. Es sei ein „Irrtum“ gewesen!

Ja, die rechtsextremen Demagogen tun im Wahlkampf gerne so, als würden sie sich um die Probleme der einfachen Bevölkerung kümmern. Doch hinter ihren Sprüchen machen sie – genau wie alle anderen bürgerlichen Parteien – Politik für die kapitalistische Klasse.

„Aufbau Ost“ macht Subventions-Nomaden fett

Es ist nur eines von vielen Beispielen. Der Tiefkühlbackwarenhersteller Fricopan hat über mehrere Jahre insgesamt 13 Millionen Euro an öffentlichen Fördermitteln kassiert, weil er mit seiner Fabrik in der „strukturschwachen“ ost-deutschen Region Altmark (Sachsen-Anhalt) produziert hat.

Doch nun hat der Schweizer Konzern, der Fricopan gekauft hat, eine andere Fabrik im nur 150 Kilometer entfernten Eisleben gekauft. Und weil er auch hier wieder Subventionen „zur Förderung strukturschwacher Regionen“ bekommt,

während die Förderung in der Altmark ausgelaufen ist, hat er kurzerhand seine Produktion dorthin verlagert und schließt das Werk in der Altmark. Während der Konzern erneut kassiert, verlieren 500 Arbeiter in der Altmark ihre Arbeit, die Mehrheit über 50 Jahre alt – in einer Gegend, in der es ohnehin schon so gut wie keine Arbeit gibt.

Das sind die Gelder, die die Regierungen angeblich für den „Aufbau Ost“ ausgeben - in Wahrheit jedoch für die Profite der großen Firmen.



Fricopan-Arbeiter protestieren gegen die Schließung ihres Werks

Bohrschlamm: LKW-Fahrer wurden wissentlich vergiftet

Über zehn Jahre wurden LKW-Fahrer, die giftige Bohrschlämme transportierten, in NRW und Niedersachsen wissentlich vergiftet. An die 330.000 Tonnen Bohrschlämme, die bei der Erdöl- und Erdgasförderung in Niedersachsen entstanden, transportierten sie von dort auf die Sondermülldeponie nach Köln. Die Bohrschlämme enthielten krebserregende Ölrückstände, Quecksilber, Arsen und radioaktives Radium.

Doch niemand hatte den Fahrern das gesagt. Nicht einmal, dass sie Sondermüll transportieren! Sie bekamen keinerlei Schutzkleidung. Die Fahrer mussten in Jeans die vergiftete Erde entladen und nachher die Reste aus dem LKW waschen.

Fahrer wurden krank, bekamen anhaltende schwere Migränen, andere hatten eine Quecksilbervergiftung mit Haarausfall und hormonellen Störungen... Doch es dauerte zehn Jahre, bis die Ursache dafür herauskam. Denn die halbstaatliche „Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfall“ ließ den Transport durch private Entsorgungsfirmen wie Remondis durchführen, die ihrerseits billige Subfirmen, selbstständige LKW-Fahrer und Leiharbeiter anheuerten. Die Fahrer wechselten daher oft und waren längst weg, wenn die Krankheiten auftraten.

Alle beteiligten Unternehmen behaupten heute, sie seien nicht für die Vergiftung der Fahrer verantwortlich. Schuld müsse jemand anderes sein. Ja, und zwar dieses ganze System, in dem die Unternehmer, von den Ölfirmen bis zu den Transportfirmen, für Nichts verantwortlich sind – außer dafür, Gewinn zu machen.

Zwei Seiten derselben Medaille

Die Zahl der Millionäre ist in Deutschland explodiert: Mittlerweile gibt es hier 1,2 Millionen Millionäre. 2005 waren es erst 767.000.

Das ist der gleiche Zeitraum, in dem in Deutschland die Hartz-Gesetze eingeführt wurden, Niedriglohn, Leiharbeit und HartzIV sich ausgebreitet haben. Und das ist kein Zufall: Denn der zunehmende Reichtum der Einen entsteht durch die Ausbeutung und die wachsende Verarmung der Anderen.

Vom Mini- zum Mikro-Lohn?

Es ist empörend: Um sage und schreibe 0,24 Euro wird der gesetzliche Mindestlohn angehoben, auf 8,84 Euro die Stunde. Aber auch das erst... im Jahr 2017!

0,24 Euro – davon können die vier Millionen Arbeitenden, die zu diesem Mini-Lohn arbeiten müssen, die gestiegenen Abgaben und Preise der letzten zwei Jahre nicht in Ansätzen ausgleichen. Was sie Lohnerhöhung schimpfen, ist eine reale Lohnsenkung! Und das bei einem Lohn, der schon vorher so niedrig war, dass er das Wort „Mindestlohn“ nicht verdiente.

Ein Mindestlohn ist ein Lohn, von dem wir mit unserer Arbeit uns und unsere Familien mindestens anständig versorgen können. Und dafür brauchen wir keine Cent-Beträge, sondern eine Reihe von Euros.

Weder Pest noch Cholera!

Seit über sechs Wochen streiken die Arbeitenden der privatisierten Ameos-Reha-Kliniken in Osnabrück und Hildesheim. Bereits 2014 hatte der Ameos-Konzern versucht, den Tarifvertrag zu kündigen und alle Löhne zu senken. Doch die Arbeitenden wehrten sich. Sie begannen zu streiken, und nach sieben Wochen unbefristetem Streik hat Ameos nachgegeben.

Ameos hat daraufhin erste kleinere Bereiche in Tochterfirmen mit wesentlich schlechteren Bedingungen ausgelagert. Und droht nun: „Entweder ihr akzeptiert alle niedrige Löhne, oder ihr werdet stückweise ausgelagert.“

Doch Ameos hat die Rechnung ohne die Beschäftigten gemacht. Statt sich erpressen zu lassen, streiken sie erneut seit sieben Wochen: Und zwar sowohl gegen weitere Auslagerungen als auch für den Erhalt aller Löhne.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0157 – 76493485

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!